

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Janiclová n. m. 32. Telefon 1 95, nachts 67. Gramm-Adress: Sozialdemokrat, Prag I., Pavlíkova nám. 32. Bolkmedani 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kz 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—. Rücklieferung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung des Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 11. Oktober 1923.

Nr. 237.

Der Dolchstoß der Schwerpatrioten.

Dem heimtückischen Dolchstoß von hinten gegen den Parlamentarismus und damit gegen die deutsche Reichseinheit, den die Deutschnationalen in der vorigen Woche über Auftrag der Schwerindustriellen geführt haben, ist ein neuer gefolgt, womöglich noch heimtückischer und perfider. Die Ruhrindustriellen, natürlich lauter gerechte deutsche Schwerpatrioten, sind unter Stinnes Führung ohne Vorwissen, ja gegen die Absichten der Reichsregierung in direkte Unterhandlungen mit dem Kommandanten der französischen Besatzungsbehörden getreten. nicht nur zu dem Zwecke der Sicherung ihres persönlichen Profitinteresses, sondern auch zur Durchsetzung ihrer diktatorischen arbeitereindlichen Absichten. Was Stinnes im Reichstage zu erreichen suchte, das ist im Grunde genommen dasselbe, was er jetzt mit Hilfe der französischen Bajonnette zu holen sucht: die Niederwerfung der Arbeiterkraft durch die faschistische Diktatur, die Abschaffung des Achtstundentages und die Beseitigung der Betriebsräte. Am Reichstage hatten Stinnes und die deutschnationalen Verfassungsfeinde kein Glück, die Einsetzung einer militärisch-faschistischen Gewalt Herrschaft unerblich, da die große Koalition wieder hergestellt wurde. Selbst die bürgerlichen Parteien durchschauten die Anträge der deutschnationalen Schwerindustrie, der Reichstag zeigte Herrn Stinnes die kalte Schulter und so zog er mit langer Nase ab. Nun sind er und die anderen Schwerpatrioten eifrig und beflissen zum „Erbfeind“ gelaufen, um auf diesem volksverräterischen Wege noch einmal ihr Glück zu versuchen.

Um die ganze Infamie der Deutschnationalen um Stinnes zu erfassen, muß man wissen, daß sie es waren, denen der Ruhrkrieg nicht lange genug dauern konnte und die daran Schuld tragen, daß der Kampf nicht zu einer Zeit abgeschlossen wurde, da er noch in Ehren und ohne restlose Kapitulation hätte beendet werden können. Jetzt, da der Ruhrkrieg für Deutschland verloren ging, kennen die deutschnationalen Großkapitalisten keine dringendere Sorge, als sich um die Kriegskosten zu drücken. Der Ruhrkrieg war ihnen ebenso wie der Weltkrieg eine Zeit der Blünderung der Volksmassen, während die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes namentlich Entschörungen auf sich nahm, nun suchen sie es wie nach dem Kriege zu halten: alle Kriegskosten von den Schultern der Bourgeoisie abzuzahlen. Der erste Vorstoß dazu sollte die Zerstückelung der großen Koalition sein, die nach Beseitigung des Parlamentarismus von einem mit Diktaturgewalt ausgerüsteten Direktorium abgelöst werden sollte. Einmal zur schrankenlosen Herrschaft gelangt, hätten die deutschnationalen Schwerindustriellen leichtes Spiel gehabt: die deutsche Arbeiterkraft hätte durch Verlängerung ihrer Arbeitszeit, durch Anebelung ihrer Rechte, durch Schweiß und Blut mit unbezahlter Mehrarbeit die deutsche und französische Währung allein zu reparieren gehabt. Das deutsche Proletariat wäre nach den Plänen der Schwerindustriellen und ihrer halentkrenzerischen Helfer allein das Opfer gewesen, es hätte mit vermehrtem Elend und größerer Ausnützung ihrer Arbeitskraft nicht nur die Wiedergutmachung an Deutschland, sondern auch die Wiedergutmachung an den deutschen Finanzen zu bezahlen gehabt.

Es sind treifliche Patrioten, die Herren Deutschnationalen! Wenn man der von ihnen ausgeschalteten Preße glauben wollte, wäre die Nation ihr höchster Gott und die Franzosen der „Erbfeind“, den sie unverzüglich bekämpfen. Aber das Interesse ihres Geldsackes läßt sie zu diesem selben Erbfeind laufen, um — da der Versuch im Reich mifflang — wenigstens im Ruhrland von dem französischen Höchstkommandierenden zu erlösen, er möge mit den unter seinem Befehl stehenden Bajonetten die Arbeiter zu

Die Reichsmark das schlechteste Zahlungsmittel der Welt.

Eine Tschechokrone = 90 Millionen Mark.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Die deutsche Währung hat in ihrer Abwärtsentwicklung den Tiefstand des Rubels nicht nur erreicht, sondern ihn bereits überschritten. Gestern stand der Dollar in Moskau auf 945 Millionen Rubel, heute wurde der Dollar in Berlin amtlich mit 2,9 und an der Nachbörse mit vier Milliarden bewertet; damit ist die deutsche Mark das schlechteste Zahlungsmittel der Welt geworden. Eine Friedensmark gleicht ungefähr einer Milliarde Papiermark. Im gleichen Verhältnisse stiegen auch die Kurse für andere Zahlungsmittel; die Tschechokrone wurde mit 90 Millionen amtlich notiert.

Um den ungeheuren Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen, müssen riesige Mengen neuer Noten mit immer höherem Nominalwert gedruckt werden. Vorläufig sind es Einmilliardenscheine, demnächst werden Fünf- und Zehnmilliardenscheine herauskommen; gleichzeitig sind noch weit höhere Werte in Vorbereitung, und zwar zu 20, 50 und 100 Milliarden. Es dürfte gar nicht lange dauern, bis der Billionenschein herauskommt.

Bei der ungeheuer fortschreitenden Markentwertung, die jede Kalkulation unmöglich macht, erscheint die Herstellung einer neuen Währung als das dringendste Gebot der Stunde, wenn nicht das Wirtschaftsleben völlig zum Erliegen kommen soll. Die Lebensmittelzufuhr wird immer knapper, da die Landleute sich weigern, wertloses Papier anzunehmen. Die Regierung hat die Absicht, sobald das Ermächtigungsgesetz vom Reichstag beschlossen ist, die Schaffung einer neuen Währung in die Hand zu nehmen. Sie befindet sich in ausföhrlichen Verhandlungen über die Gewährung eines ausländischen Warenkredites und über eine Beteiligung amerikanischer Kapitalisten an der zu gründenden Währungsbank. Der Abschluß des Vertrages über den Warenkredit soll nahe bevorstehen.

Auf dem Lebensmittelmarkt wiesen die Preise, abgesehen von den Fleischpreisen, die einigermäßen stagnierten, eine 100prozentige Steigerung auf. Während gestern noch Margarine im Großhandel 300 Millionen Mark für ein Kilogramm kostete, wurden heute 500 Millionen Mark gefordert. Das markenfreie Brot kostete von morgen ab 110 Millionen Mark. Die Veranlassung hiezu ist das starke Anziehen des Rohpreises, der gestern um drei Milliarden Mark pro Doppelpfennig stieg.

* * *

Friedensbedingungen des französischen Proletariats.

Paris, 10. Oktober. Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat gestern beschlossen, am 11. November eine nationale Arbeiterkundgebung für den Frieden zu veranstalten. Die Kundgebung soll in Paris, Lille, Reims, Bordeaux und Straßburg, vielleischt auch in einer sechsten Stadt, stattfinden.

Kommunistenverhaftungen.

Breslau, 10. Oktober. (Wolff.) Heute ist hier eine größere Anzahl von Kommunisten verhaftet worden, darunter befinden sich Mitglieder der Bezirksleitung der schlesischen kommunistischen Partei, sowie das Bureaupersonal und Angestellte der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Die Festnahme steht im Zusammenhang mit der kommunistischen Propaganda zum Zwecke der Einsetzung einer Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

adretinhalb- und zehnstündiger Arbeitszeit und zur Abschaffung der verhassten Betriebsräte zwingen. Nur weil der französische Kommandant ablehnte, mit den Industriellen — anstatt mit der Regierung — zu unterhandeln, unterließ die Ausführung des schändlichen Planes. Dieser Schritt der deutschnationalen Schwerpatrioten zur Errichtung eines großkapitalistischen Regimes ist übrigens nicht der erste. Schon lange sucht der deutsche Kapitalismus den Weg, um mit dem französischen Geld in Hand zur Wahrung des gemeinsamen Profites zusammenarbeiten zu können. Das Ziel, das bei den französischen Schwerindustriellen verständnisvolle Liebe findet, ist seit langem die Schaffung einer Betriebs- und Ausbeutungsgemeinschaft der rheinisch-westfälischen mit der französischen Schwerindustrie. In edlem Zusammenwirken der deutschen und französischen Bourgeoisie soll die Arbeiterkraft niedergedrungen werden, um sie wirksamer ausbeuten zu können. Darum die Forderung der Deutschnationalen nach der Diktatur, darum der Vitzgang des Herrn Stinnes zu den französischen Besatzungsbehörden. Inbessenden finden Stinnes und Genossen an den Kommunisten, welche eifrig daran sind, die Arbeiterbewegung immer weiter zu zerlegen, willkommenen Mitarbeiter.

Ein Erfolg Zeigners.

Dresden, 10. Oktober. Die Reichsregierung hat den Amtshauptmann von Meißner, Schmidt, einen Sozialdemokraten, zum Zivilkommissär für den Freistaat Sachsen ernannt. Man hofft, daß für dieses Entgegenkommen der Reichsregierung dem Konflikt Geiler-Zeigner ein Ende bereitet wird.

Rupperts geheimer General.

Berlin, 10. Oktober. Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ aus München berichtet, verursacht dort die Absicht des Reichswehrministeriums, den General von Löffow aus München abuberufen, einige Erregung. Eine amtliche Mitteilung ist noch nicht eingetroffen, doch hält man es für wahrscheinlich, daß Löffow tatsächlich abgerufen wird. In diesem Falle sei mit einem neuen Konflikt zwischen Bayern und dem Reich zu rechnen. Löffow ist jener treffliche Reichswehrgeneral, der unlängst, bei der Münchner Monarchistenparade, sich im Gefolge des Herrn Rupperts Wittelsbach so wunderbar ausnahm. (D. R.)

Ihre himmlische Rutischakt, ihr Schreien nach der Diktatur, ihr ständiges Spiel mit dem Generalfreil, treibt die Mittelschichten des Bürgertums ebenso ins rechtsradikale Lager, wie ihre Hege gegen die Sozialdemokratie Massen des Proletariats dem Indifferentismus in die Arme jagt, so daß auch sie ein Opfer des deutschnationalen Faschismus zu werden drohen.

Das volksverräterische Beginnen der Stinnesgruppe hat in Deutschland ungeheure Empörung geweckt. In der Tat zeigt sich diesmal die Gelegenheit, das volksverderbliche Treiben der Hintermänner des Halentkrenzertums in einem Maße zu erkennen, wie nicht oft, da es sonst keine Ränke im Verborgenen spinn und seine wahren Ziele unter einem Wust vaterländischer Phrasen verhüllt. Auch bei uns schreien die Halentkrenzler nach der nationalen Diktatur. Neue deutsche Proletarier, die sich von den Verlogenheiten und Versprechungen der Emigranten des Halentkrenzertums blenden lassen und ihnen bei den Gemeinbewahren Gefolgschaft leisteten, können an dem Schandtun der Stinnes und Konsorten Anschauungsunterricht über die wirklichen Triebkräfte des deutschnationalen Faschismus nehmen. Augen auf, ehe es zu spät ist!

Oesterreich im Wahlkampf.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

Raum noch zwei Wochen trennen uns von den Wahlen zum Nationalrat, die in Wien zugleich mit den Wahlen zum Gemeinderat verbunden werden, und das Wahlfieber hat auch schon die ganze Bevölkerung erfasst. Für den äußerlich ruhigen Verlauf des Wahlkampfes hat die zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen abgeschlossene Vereinbarung gesorgt, die die Parteien verpflichtet, gegnerische Versammlungen, Flugblätter und Plakate nicht zu verhindern, jedoch es zu Gewalttätigkeiten bisher nur in ganz wenigen Fällen gekommen ist.

Als die ersten sind diesmal die Sozialdemokraten öffentlich in den Wahlkampf eingetreten. Nicht nur daß sie schon am 31. August ihren Wahlauftrag veröffentlicht haben, haben sie auch mit ihren Versammlungen lang vor den Gegnern eingeleitet und auch ihre Kandidaten vor ihnen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Auch mit der schriftlichen Propaganda sind die Sozialdemokraten den anderen Parteien nicht nur zuvor gekommen, sondern sie haben diesen Kampf auch mit einer Wucht eingeleitet, daß die anderen Parteien, auch die Christlichsozialen, ihnen auch bis jetzt noch nichts Rehnliches an die Seite zu setzen vermochten. In Wien namentlich beherrscht die sozialdemokratische Wahlpropaganda, auch abgesehen von den zahlreichen Versammlungen und Demonstrationen die Straße. Zuerst wurden in ganz Wien satirische Bilder angeheftet, die namentlich dem christlichsozialen Antisemitismus und Antikapitalismus die Begünstigung der Banken durch ihre Regierung gegenüberstellten. Tausende junger Proletarier haben bei Nacht diese Bilder angeheftet und sie in späteren Nächten bewacht und dort, wo sie trotzdem von den Gegnern abgefragt wurden, durch neue ersetzt. Zugleich wurden durch die Vertrauensmänner hunderttausende kleine Flugzettel verteilt und ebenfalls an Mauern und Plakatwänden angeheftet, die in schlagenden Sätzen die christlichsozialen Versprechungen mit ihren Fakten konfrontierten. Dann folgten die Niesenplakate, jede Woche ein neues, die die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde und die christlichsoziale Sanierung des Staates, die Wirkungen der von den Christlichsozialen angekündigten Aufhebung des Mieterschutzes, die Wohnungspolitik der Gemeinde, die Mitschuld der Christlichsozialen am Krieg und die Segnungen des von den Christlichsozialen verherrlichten Krieges den Wählern plastisch vor Augen führen. Gleich bei Beginn des Wahlkampfes hat die Wiener Partei auch eine eigene Wahlzeitung erscheinen lassen, die „Wiener Nachrichten“, die den Wählern unentgeltlich in die Wohnungen zugestellt wird, und außerdem eine Wahlzeitung für die Frauen „Die Unzufriedene“, die die Frauen über die christlichsoziale Politik aufklärt. Diese Zeitungen, Flugzettel und Plakate werden, zum Teil mit den örtlichen Verhältnissen angepaßtem Text, auch in der Provinz verbreitet, wo außer dem Verrat der Christlichsozialen an den Kleinbauern mehr in den Vordergrund gestellt wird. Daß daneben eben Tag in Wien allein Tausende, im ganzen Staat Tausende von Versammlungen stattfinden, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Die Kosten dieser großen Wahlpropaganda gehen wohl in die Milliarden, aber die Arbeiter, die wissen, um was es in diesem Wahlkampf geht, haben alle Opfer mit Begeisterung auf sich genommen und seit Monaten sternen viele Hunderttausende Arbeiter öftentlich einen Bruchteil ihres Lohnes, mindestens aber tausend Kronen für den Wahlfond.

Die bürgerlichen Parteien haben es nicht so gut. Weber können sie auf so begeisterte Arbeiter, so viele Vertrauensmänner rechnen, die Tag und Nacht für die Partei arbeiten, noch sind ihre Anhänger gewohnt, für die Partei Geldopfer zu bringen. Dafür aber werden die Milliarden, die sie für ihre Wahlpropaganda benötigen, ihnen von den Banken und anderen Kapitalistengruppen geliefert. Wie bei früheren Wahlen zirkulieren auch diesmal Sammellisten für den Wahlfond der bürgerlichen Parteien in kapitalistischen Kreisen und es ist der Arbeiterzeitung gelungen, einen von zwei ehemaligen Adligen, dem ehemaligen Grafen Colerredo und dem ehemaligen Baron Ehrenfels unterzeichneten Aufruf eines Komitees von Großgrundbesitzern an die anderen Großgrundbesitzer zu veröffentlichen, worin diese aufgefordert werden, für jeden Hektar Besitz zweitausend Kronen für den Wahlfond zu spenden, was in Niederösterreich allein mehr als eine Milliarde ausmacht, die dem christlichsozialen Wahlfond zur Verfügung gestellt wird. Denn der Aufruf erklärt ausdrücklich, daß das Geld der christlichsozialen Partei zur Verfü-

gung gestellt werden soll. Daneben füttern aber auch die Banken schon seit längerer Zeit den christlichsozialen Wahlfond — wie ja bei der Beratung der Vermögensabgabe die Bankdirektionen bei einer Besprechung mit den christlichsozialen Abgeordneten, über die die „Arbeiter-Zeitung“ damals das Protokoll veröffentlichte, die Bankvertreter ausdrücklich den Christlichsozialen erklärten, wenn die Christlichsozialen nicht die sozialdemokratischen Anträge ablehnen, würden die Banken ihnen kein Geld mehr für ihren Wahlfond geben; worauf die Christlichsozialen aber prompt die sozialdemokratischen Anträge niederstimmten. Und die Organisationen der Großindustriellen heben von ihren Mitgliedern, wie ebenfalls obenmäßig festgestellt wurde, eine Steuer ein, die nach der Höhe der ausgeschütteten Löhne bemessen wird, und diese Steuer wird zum Teil für die bewaffneten Organisationen der Reaktion, für Heimwehren, Frontkämpfer und Salenkreuzer, zum Teil für den Wahlfond der bürgerlichen Parteien, vor allem der Christlichsozialen, verwendet.

Dadurch geraten die bürgerlichen Parteien in vollständige Abhängigkeit vom Großkapital und sie müssen, obwohl sie sich ehemals antikapitalistisch geberden, nicht nur im Parlament die Interessen des Großkapitals vertreten, sondern müssen sogar bei den Wahlen ihre Phrasen gegen das Kapital, die ehemals ihr kräftigstes Zugmittel waren, unterlassen. Am kräftigsten kommt das bei den Christlichsozialen zum Ausdruck, die unter Seipel die Wandlung von der Lueser'schen antikapitalistisch-leinbürgerlichen Partei zur ausgesprochenen Partei des Kapitals vollendet haben. In ihrem Wahlaufruf kommt diesmal auch nicht die mildeste Wendung gegen das Großkapital vor, ja ihre Abhängigkeit von den Banken ist so groß, daß der Wahlaufruf dieser antisemitischen Partei auch nicht ein einziges Wort gegen die Juden enthält. Dafür ist der Wahlaufruf voll von den heftigsten Angriffen gegen die Sozialdemokratie und es ist bezeichnend für die Christlichsozialen, die mit den Großdeutschen in einer Koalition sind und sich sogar bemühen, mit ihnen eine „Einheitsliste“ zusammenzubringen, daß der Hauptvorwurf, den sie den Sozialdemokraten machen, der ist, daß diese den Anschluß an Deutschland verlangen. Söhnend rufen die Christlichsozialen in ihrem Wahlaufruf den Wählern zu: „Weiß für sichbares Schicksal würde jetzt unser Los sein, wäre der Plan der sozialdemokratischen Partei, der Anschluß an die deutsche Mark, vollzogen worden!“ Sie vergessen nur, daß im Jahre 1921 die Christlichsozialen in Salzburg, Tirol und Steiermark durch ihre Landtage, — allerdings aus demagogischen Gründen, Volksabstimmungen für den Anschluß an Deutschland veranstaltet haben.

Aber die Unterwerfung der Christlichsozialen unter die Herrschaft des Kapitals kommt noch deutlicher zum Ausdruck. Da die Großindustriellen, neben den Banken und den Großgrundbesitzern den Christlichsozialen den Wahlfond beisteuern, haben sich die Christlichsozialen verpflichtet müssen, auch vier Großindustrielle auf ihre Liste zu nehmen und sie haben sogar solche Kandidaten der Industriellen übernehmen müssen, die anderen Parteien angehören. So wurde in Wien der Kandidat der Fabrikant Streeruwitz als Christlichsozialer kandidiert, der ein ausgesprochener Antiliberaler ist, einer von jener Sorte, die die Christlichsozialen ehemals als „Judenliberaler“ besähten. Und in Graz wird von den Christlichsozialen sogar der Sekretär des Industriellenverbandes Weidenhoffer kandidiert, der bis zum letzten Augenblick deutschnationaler Gemeinderat dort war. Dem alten österreichischen Abgeordnetenhaus hat er als Deutschnationaler angehört und hat dort heftige Reden gegen die Christlichsozialen gehalten. Als in einer christlichsozialen Versammlung in Graz ein alter Alexikaler die Parteileitung angriff, daß sie einen solchen „Katholikenfresser“ kandidierte, begründete das der steirische Landeshauptmann Dr. Miniclen damit, daß Dr. Seipel den Auftrag erteilt habe, Dr. Weidenhoffer unter allen Umständen an ausschlagreicher Stelle zu kandidieren.

Wenn die Christlichsozialen die Kapitalistenvertreter auch kandidieren müssen, da sie ja dafür Geld bekommen haben, so müssen sie ja doch vor den Wählern verstanden. Deshalb wird Weidenhoffer an siebenter Stelle der Liste kandidiert, was eine ausschlagreiche Kandidatur vorpiegeln soll, da der Wahlkreis nur fünf Mandate zu vergeben hat, und Streeruwitz an zwölfter Stelle, bei dreizehn Mandaten. Die beiden werden aber auf die Verbandsliste, die für die Reststimmenmandate in den Wahlkreisverbänden gilt, aber von den Christlichsozialen nicht veröffentlicht wurde, an erster Stelle kandidiert, sodas sie sichere Mandate haben, ohne daß die Wähler davon erfahren.

So tritt die Christlichsoziale Partei, die außerdem noch Monarchisten und Hauserrnvertreter in das Parlament bringen will, als die Partei der Reaktion und des Großkapitals der Sozialdemokratie entgegen. Da die Großdeutschen kaum mehr in Betracht kommen und nicht mehr als drei sichere Mandate haben, die Kommunisten aber, wie bisher auch diesmal keinen Vertreter im Parlament haben werden, spielt sich der ganze Wahlkampf vornehmlich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten ab: zwischen der Partei der geeinigten Reaktion und der Partei des einzigen Profiteurs.

Die „Rote Fahne“ wieder verboten.
 Berlin, 10. Oktober. (Wolff.) Der Reichswehrminister hat, bis auf weiteres, die Herstellung und den Vertrieb der „Roten Fahne“ verboten. Das Verbot erfolgte deshalb, weil die „Rote Fahne“ zur Vorbereitung des politischen Generalstreikes aufrief und die Soldaten zur politischen Betätigung und zum Ungehorsam aufforderte.

Stinnes, der Statthalter Poincarés.

Die Schwerindustriellen liefern die deutsche Arbeiterchaft den französischen Militärs aus. — Ungeheure Empörung über den Verrat der Stinnesleute.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Das an Landesverrat grenzende Verhalten Stinnes' und der anderen Ruhrindustriellen hat in der Arbeiterchaft, aber auch in bürgerlichen Kreisen, besonders bei der weiterverarbeitenden Industrie, ungeheure Erregung verursacht. Es ist von offizieller Seite der Versuch gemacht worden, dem Vorgehen der Stinnesleute eine harmlose Deutung zu geben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Ruhrindustriellen nicht ihre eigenen privatwirtschaftlichen Interessen durch Verhandlungen mit dem französischen Oberkommandierenden zu wahren gesucht haben, sondern daß sie direkt in die Befugnisse des Reiches eingriffen und durch ihre Forderung zur Beilegung

der achtstündigen Arbeitszeit die Arbeiterchaft der Willkür des französischen Militärs auszuliefern gesucht haben. Die erste Wirkung dieses Verrates der Schwerindustriellen zeigt sich jetzt darin, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern, die nach Beendigung des Krieges zur Regelung der Arbeitsverhältnisse gegründet wurde, so gut wie erledigt ist. Die größten Gewerkschaften sind bereits ausgezogen; jetzt stehen auch die demokratischen Arbeiterorganisationen vor dem Beschluß, sich angesichts der letzten Vorfälle nicht mehr an den gemeinsamen Beratungen mit den Unternehmern zu beteiligen.

Poincaré will mit Deutschland nicht verhandeln.

Berlin, 10. Oktober. (Eigenbericht.) Der Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris über seine heutige Unterredung mit Poincaré lag hier bis abends noch nicht vor. Man ist daher vorläufig auf die Mitteilungen der pariser Blätter angewiesen, die ziemlich ungünstig lauten. Der französische Ministerpräsident scheint noch immer auf dem Standpunkt zu stehen, daß nicht die französische Regierung die zuständige Stelle sei, mit der die deutsche Regierung verhandeln könne, sondern daß sie sich an die Reparationskommission wenden müsse. Was im Ruhrgebiet zu geschehen habe, sei nicht zwischen den beiden Regierungen zu regeln, sondern darüber hätten sich die örtlichen Besatzungsbehörden mit den Industriellen und den vorhandenen verantwortlichen Stellen auseinanderzusetzen. Die deutsche Regierung wird zu dieser Lage erst nach dem Eintreffen des offiziellen Berichtes ihres Pariser Geschäftsträgers Stellung nehmen können. Sollten die Nachrichten der Pariser Blätter zutreffen, so würde die ablehnende Haltung Poincarés gegen direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung nur einen neuen Versuch darstellen, die Souveränität des Reiches über das Rhein- und Ruhrgebiet auf die Dauer einzufrieren und in verkleideter Form die beiden Provinzen von Deutschland zu lösen.

Berlin, 10. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger von Hoersch hat auch den Auftrag, der französischen Regierung die Bereitwilligkeit der Reichsregierung auszusprechen, die Reparationslieferungen wieder aufzunehmen, wenn der Reichsregierung die Verfügung über das bestete Gebiet zurückgegeben wird.

Das Kriminal mit den kapitalistischen Berrätern!

Berlin, 10. Oktober. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ aus Gelsenkirchen haben die Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter beim Reichsanwalt den Antrag gestellt, die Zehndirektoren im Ruhrgebiete zu verhaften, da sie einen schweren Verstoß gegen die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche Bestimmungen begangen hätten.

Juland.

Bürgerlich-nationalistisch-kommunistische Einheitsfront gegen die Bergarbeiter.

Nach jedem großen gewerkschaftlichen Kampf der letzten Jahre sind es immer wieder dieselben, welche nach der Beilegung des Kampfes die Gewerkschaften und deren Vertrauensmänner angreifen: Die Deutschbürgerlichen, die Tschechischbürgerlichen, im Gefolge des Bürgerturns natürlich dessen Schleppträger, die Nationalsozialisten und — weil es gegen die Sozialdemokraten geht, — die Kommunisten. Auch nach dem Abschluß des Bergarbeiterstreikes ist die scharfmacherisch-nationalsozialistisch-kommunistische Front, die augenblicklich an die Stelle der von den Kommunisten stets gepredigten Einheitsfront getreten ist, geschlossener.

Was gegenüber den Anwürfen der Kommunisten zu sagen ist, haben wir im geistreichen Leitartikel bereits ausgeführt. Die Demagogie, die da die kommunistische Partei, deren Anhänger zum Teil selbst für die Beendigung des Streikes eingetreten sind, treibt, ist für jeden wahrheitsliebenden Menschen offenkundig.

Bemerkenswert ist, daß in den Betrachtungen der deutschen und tschechischen bürgerlichen Presse einzelne kommunistische Argumente wiederkehren. So erklärt das Blatt des Ministerpräsidenten die Erfolge des Kampfes für die Bergarbeiter als so geringfügig, daß der Streik besser hätte unterbleiben können. Es ist nicht notwendig, des langen und breiten einen solchen Unfug zu widerlegen, denn dieses Argument könnte gegenüber jedem Streit angeführt werden. Die Arbeiterchaft müßte dann überhaupt nicht streiken und die Unternehmer könnten nach Herzenslust die Löhne der Arbeiter so lange herabsetzen, bis die Arbeiterchaft in Hunger und Elend verkommt. Das Argument des „Bentlov“ kehrt auch im Organ der Deutschnationalen wieder, so daß die Bourgeoisie beider Nationen sich in dieser Hin-

Der Wolf-Vertrag vor der Reparationskommission.

Paris, 10. Oktober. Die französische Regierung hat den Text des ersten Abkommens über Sachlieferungen, das zwischen der Ingenieurkommission und der Gruppe Wolf abgeschlossen wurde, gestern der Reparationskommission unterbreitet.

Die Schwerindustrie lauft das Zentrumblatt.

Berlin, 10. Oktober. Die „Germania“, das Organ des deutschen Zentrums, ist in den Besitz einer Gruppe von Großindustriellen unter Führung Klockners übergegangen. Die Schwerindustrie versucht, mit diesem Schritt Einfluß auf die linksgerichteten Zentrumskreise zu erlangen, deren politische Führerin die „Germania“ bisher gewesen ist.

Ein Staat, der an Frankreichs Liebe zugrunde geht.

Warschau, 10. Oktober. Wie die Blätter melden, erstatteten Ministerpräsident Witos und die Minister Kiernik und Kurczarski in einer Sitzung der Volkspartei Pfast einen Bericht über die innere und äußere politische Lage des Staates. Witos wies einleitend darauf hin, daß der gegenwärtig in Deutschland sich abspielende Bürgerkrieg bald darüber entscheiden werde, ob in Deutschland die Monarchisten oder die Kommunisten Oberhand bekommen werden. Rußland verhalte sich dazu nicht gleichgültig und konzentriere an seiner Westgrenze Truppenabteilungen. Polen befände sich infolge seiner geographischen Lage in einer Situation, welche keine Schwächung der inneren Verhältnisse zulasse. Die innere Lage des Staates sei nicht erfreulich. Unter den nationalen Minderheiten, welche 30 Prozent der Bevölkerung bilden, seien antisatistische Tendenzen bemerkbar. Diese innere und äußere Wühlarbeit habe den katastrophalen Sturz der polnischen Mark verursacht. Die Regierung sei sich des Ernstes der Lage bewußt und deshalb entschlossen, auf ihrem Posten zu verharren, um den Staat aus seiner kritischen Lage zu retten. Die Regierung wird nicht zurücktreten, es sei denn, daß sie gestürzt wird.

sich in holder Eintracht befindet. Das würde natürlich den Herrschaften passen, wenn die Arbeiterchaft ihr schärfstes Kampfmittel, den Streik, niemals gebraucht!

Von Interesse ist auch, daß sowohl die tschechischen als auch die deutschen bürgerlichen Blätter erklären, der Streik habe deswegen so lange gedauert, weil die sozialdemokratischen Vertrauensmänner der Bergarbeiterorganisationen vor den Kommunisten zurückgewichen sind, und daß sie von den Kommunisten beeinflusst waren. Während also nach den Behauptungen des Reichserzberger „Vorwärts“ die Mitglieder des Zentralstreikkomitees „Sozialpatrioten“ waren, die den Kommunisten zu wenig nachgegeben haben, behaupten die bürgerlichen Blätter, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner zu sehr unter dem Einfluß der Kommunisten gestanden sind, welche Behauptungen sich gegenseitig aufheben und daher keiner Erwiderung bedürfen. Ebenso hinweggehen kann man darüber, daß etwa die deutschen Vertrauensmänner der Bergarbeiter die Vereinbarungen, die das Ende des Kampfes herbeigeführt haben, nur mit Rücksicht auf die Koalitionsregierung abgeschlossen haben. Wer das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Regierung kennt, wird über diese ebenso dumme wie haltlose Verdächtigung nur ein Lachen übrig haben.

Dem Reigen der Schimpfenden schließen sich endlich die deutschen Nationalsozialisten an, die, wenn es gegen die Gewerkschaften geht, immer dabei sein müssen. Der Duxer „Tag“ erzählt, gleich den Blättern des Großkapitals, daß die Bergarbeiterchaft einen Vertrag mit der jetzigen schon vor fünf Wochen hätten haben können, und zeigt dadurch, daß die Nationalsozialisten von der Bedeutung und den Wirkungen eines Streikes keine Ahnung haben, daß sie nicht wissen, daß ein Streik das Wesen der Kräfte von Klassen gegnern bedeutet. Ebenso dumm ist die Behauptung dieses Blattes, daß der Streik nur aus „Prellgründen“ geführt wurde. Genau so könnte man behaupten, daß der Streik wegen des schlechten Wetters unternommen wurde. Was das Blatt dieser sogenannten „Arbeiterpartei“ sonst

über den Streik zu sagen hat, ist nur Geschimpfe, wie zum Beispiel die Behauptung, daß die Arbeiter von den Führern in den Streik „hineingehetzt“ wurden und jetzt „mit einigen schönen Worten abgspießt“ werden. Von einem Betreten der Kampfbedingungen, von einem Eindringen in das Wesen der gewerkschaftlichen Kämpfe und in den Verlauf des siebenwöchigen Bergarbeiterstreikes ist keine Rede. So etwas von der deutschen und tschechischen bürgerlichen Presse oder von den Blättern der Nationalsozialisten und Kommunisten zu erwarten, hieße an Wunder glauben.

Die Koalition wirbt um Hlinka.

Zeit den Gemeindevahlen und dem damit eingetretenen Stimmengewinn der Alexikalen Parteien, besonders in der Slowakei, ist das Selbstbewußtsein der Alexikalen aller Nationen und die Freiheit ihrer Presse im großen Maße gewachsen. Die Tschechischalexikalen legen plötzlich ihren Nationalismus — wahrscheinlich nur auf kurze Zeit — in die Garde und begreifen sich für einen „katholischen Block“, den die Alexikalen aller Nationen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlamentes, bilden sollen. Den Anfang wollen sie bei Hlinka machen. Sie wollen sich zunächst den Slowakischalexikalen nähern und hängen dieser reaktionären Interessengemeinschaft den nationalen Mantel um, indem sie behaupten, die Slowakischalexikalen für den Staat gewinnen zu wollen. Die tschechischen Anttenbrüder nützen auch in der Regierungskoalition den Erfolg ihrer slowakischen Brüder aus, sie verlangen auf Rechnung des Sieges Hlinkas eine Stärkung der Position Stramek's. Natürlich ist dies politisch eine ganz falsche Rechnung, denn ebensogut können ja dann die sozialistischen Parteien innerhalb der Regierungskoalition die Stimmen der oppositionellen sozialistischen Parteien, die diese in den Wahlen erhalten haben, in der Regierung geltend machen. Der Standpunkt, den die übrigen Koalitionsparteien zu einer eventuellen Aufnahme Hlinkas in die Koalition einnehmen, ist verschieden. Die tschechischen Sozialdemokraten, als auch die tschechischen Nationalsozialisten stellen sich natürlich gegen die Einbeziehung Hlinkas in die Regierung, weil sie hievon eine Stärkung der Reaktion befürchten. Nach dieser Richtung hin sagt das Abendblatt des „Pravo Lidu“: „Die Bestrebungen des Erzbischofs Kordač, die in ihren Folgen zur Überleitung der Slowakischalexikalen in den Koalitionsblock führen, könnten von jenen nicht Alexikalen Parteien erfolgreich paralytisiert werden, welche bisher in Opposition stehen und damit Kordač's Politik unterstützen. Diese Parteien mögen sich ihrer Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge bewußt sein. Die Interessen des Fortschritts und der Freiheit, die Interessen der kulturellen Dingen würden erfordern, daß die Regierungsmajorität nicht durch die slowakischen Volksparteier gestärkt würde.“ Während das „Pravo Lidu“ also die Möglichkeit des Eintrittes Hlinkas in die Regierung für gegeben hält, wendet sich der agrarische „Venkov“ in entschiedener Weise gegen diese Möglichkeit. In die Adresse der Tschechischalexikalen wird hier gesagt, daß die hunnischen Methoden der Hlinkaleute nicht durch deren Einbeziehung in die Koalition belohnt werden dürfen. Zwischen der Koalition und den Slowakischalexikalen müsse ein deutlicher Trennungstrieb gezogen sein. Die Stellungnahme des agrarischen „Venkov“ ist sehr begründet, denn die Alexikalen geben, ja ebenso wie die Agrarier, auf Bauernfang aus und bilden besonders in der Slowakei, wo sie sich in den religiösen Mantel hüllen, eine große Konkurrenz der sogenannten fortschrittlichen Sochaleute. Auf die weitere Entwicklung der Dinge um Hlinka herum kann man deshalb gespannt sein.

Heute neuerlich Ministerrat. Da der diensttägige Ministerrat mit der Verhandlung der laufenden Angelegenheiten voll beschäftigt war, konnte er sich mit den Aufgaben des Parlaments und mit dem Budgetplan nicht beschäftigen. Der Ministerrat wartet auch noch die Beratungen der einzelnen Koalitionsclubs ab. Vorgestern berieten die tschechischen Sozialdemokraten. In der nach einem Referat des Ministers Pechyne stattgefundenen Diskussion wurde der Wunsch laut, das Budget möge in würdiger Weise als im Vorjahre durchberaten werden. Es wurde weiter die Forderung ausgesprochen, daß die Abhaltung von Nachsitzen gänzlich entfallen möge. Gestern nachmittags berieten die tschechisch-nationaldemokratischen Abgeordneten und Senatoren und in den Abendstunden trat im Parlament der Klub der tschechisch-nationalsozialistischen Abgeordneten zu einer Beratung zusammen. Mit dem Ergebnisse dieser Koalitionsberatungen wird sich minnere in heute, Donnerstag nachmittags, um vier Uhr zusammen tretender Ministerrat beschäftigen. Der Ministerrat tagt vorläufig unter Vorsitz des Ministers Pechyne, der zum Stellvertreter Sochlas ernannt wurde. Mit der Betragung Pechynes sind aber die bürgerlichen Koalitionsparteien nicht ganz einverstanden und dahin ist auch die gestrige Meldung der „Rozhodni Listy“ zu verstehen, in der es heißt: „Wenn der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Arbeitsüberbürdung hindert, dem Ministerrate zu präsidieren, so geht diese Funktion nach Paragraph 17 der Verfassung auf den Senior der Regierung, den Finanzminister Bečla, über.“

Bürgermeisterwahl in Teplic-Schönan. Zum Bürgermeister von Teplic-Schönan wurde Doktor Ernst Walter mit 29 Stimmen von 41 Stimmen wiedergewählt. Zum ersten Vizebürgermeister

wurde Hermann Fleischer mit 25 von 42, zum zweiten Vizebürgermeister der Steuerdirektor i. R. Julius Stroh mit 27 von 42 Stimmen gewählt.

Das Ende des sozialistischen Einflusses. Das Organ Vater Stamelos, die „Abode Listy“, schreiben über die geplanten Abstriche im Budget folgendes: „Es wird am Parlament, an den Abgeordneten liegen, radikal und rücksichtslos alle Kosten herabzusetzen, die nicht eine absolute Staatsnotwendigkeit sind. Die Bevölkerung erwartet dringend von den Abgeordneten, daß sie das durchsetzen, was die staatliche Bureaucratie nicht kann. Alle Abgeordneten erkennen an, daß die Steuerlasten nicht mehr erhöht werden können, es ist demnach ihre Pflicht, um jeden Preis die staatlichen Ausgaben einzuschränken. Möglich ist dies, weil es absolut notwendig ist. Und wenn es den Abgeordneten gelingt, das Budget auf 16 Milliarden herabzusetzen, so heißt das, daß die Steuern bleiben wie sie sind und dies schon übersteigt die Tragfähigkeit der Steuerträger. Die Volkspartei und ihre Abgeordneten — so erklärt das Blatt schließlich, — werden das tun, was in ihrer Macht steht und sie werden ihre Pflicht gegenüber der Wählerschaft erfüllen, die in der Volkspartei die sicherste Gewähr für die Rückkehr zu Friedensverhältnissen sieht. Das Ende des absolut sozialistischen Einflusses in der Regierung muß darin sichtbar sein, daß wir nicht Geld hinauswerfen dürfen, wenn wir es nicht dazu haben.“ Vater Stamelos sagt es deutlich: Geld darf nicht mehr hinausgeworfen werden, das heißt: Die Ausgaben für sozialpolitische Zwecke sollen gestrichen werden. Den Merkmalen wird aber sicher auch weiterhin, so wie bisher, das Steuergeld in ihren unerlösten Rachen geworfen werden.

Tages-Neuigkeiten.

Eine Hand wäscht die andere. Herr Stephan Großmann — einer von jenen Tageschriftstellern, gegen die der Schmod in Freitag's Journalisten ein Waisenknabe ist und den kein geringerer als Karl Kraus schon vor langem moralisch hingerichtet hat — gibt in Berlin eine Wochenschrift, das „Tagebuch“, heraus, in dessen letzter Nummer sich unter anderem auch ein Aufsatz über „Die Schlacht bei Cüstrin“ fand. Darin beschwert sich nun Herr Stephan Großmann, daß es den reichsdeutschen Zeitungen verboten war, über Cüstrin zu schreiben. „Ganz wie in der Kriegszeit mußte man sich einschließen“ — so „klagt“ Herr Großmann — „die „Neue Züricher Zeitung“ oder das „Prager Tagblatt“ zu lesen, um zu erfahren, was in der Nähe von Berlin vorging.“

Das heißt: wenn Stephan Großmann über wichtige Ereignisse Aufklärung haben will, so muß er, der „Berliner“, auch wenn es sich um Berliner Angelegenheiten handelt, zu einem guten, wohlinformierten deutschen Auslandsblatt greifen — und das bleibt ihm neben dem — „Prager Tagblatt“ fast keine Wahl. Biedermann Stephan Großmann nimmt natürlich keinen Anstand, diese Tatsache in seinem „Tagebuch“ lobend anzuerkennen. Großmann ist ein wahrhaft vornehmer Journalist, der auch dem Kollegen Ehre zollt, wenn ihm Ehre gebührt.

So tut Herr Stephan Großmann. Der wahre Herr Stephan aber nennt und lobt das „Prager Tagblatt“ aus ganz anderen Gründen. Großmann ist nämlich ständiger Mitarbeiter des „Prager Tagblatt“, das Stephens Geist in der Tschechoslowakei mit Fleiß verschleift. „Was Brot ich eß, des Lied ich sing“ — sagt sich der Stephan und macht für das „Prager Tagblatt“ in Berlin Kellerei. Das „Prager Tagblatt“ aber, in Beschäftigen geübt, tut ein Nebriges und druckt das, was Großmann-Berlin in seinem „Tagebuch“ über das „Prager Tagblatt“ schreibt, im „Prager Tagblatt“ ab. Also schleicht sich der Firtel der aufrichtigen, honesten Bürgerpresse. So Herr Stephan Großmann auch Mitarbeiter der „Neuen Züricher Zeitung“ ist und es diese deshalb an erster Stelle lobt, weil Schweizer Franken noch inympathischer sind als tschechische Kronen, ist uns nicht bekannt.

Der arbeitsunfähig geordnete Gutsangestellte kann betteln gehen! Der Besitzer des Fideikommissgutes Seiler-Naspang hat vor längerer Zeit einen 63jährigen Angestellten ohne jeden Anspruch auf Versorgungsgehälte entlassen. Der Angestellte, der rund dreißig Jahre auf dem Großgrundbesitz gearbeitet hatte, klagte den Erben des Fideikommissgutes beim Landesgericht Brünn auf Zahlung einer entsprechenden Pension ein. Auf Grund der bestehenden Gesetze und Verordnungen über die Sicherstellung der Alpenkonditionen und der ehemaligen Güterdeanuten wurde die Klage abschlägig erledigt. Der Kläger erhielt viel mehr von den beiden verhandelten Richtern den Rat, er möge vom Majoratserben mit Hilfe eines Gesuchtes (!) die Versorgungsgehälte zu erlangen versuchen. Dabei soll dem Kläger — wie uns mitgeteilt wird — von den Richtern ausdrücklich bedeuert worden sein, er möge in diesem Gesuchden Erben mit „höflichstlichen Gnaden“ betteln gehen muß.

Proletarische Opferwilligkeit. Am 21. Oktober finden in Desterreich die Nationalratswahlen statt. In Wien werden an diesem Tage auch gleichzeitig die Vertreter in den Gemeinderat gewählt. Es ist daher selbstverständlich, daß die Wahlen besonders unsere Wiener Genossen vor große Aufgaben stellen. Denn Abbau-Zeipel und

Anhang, Sakentkruzer und Judenliberale setzen alle Hebel und Demagogiefünste in Bewegung, um aus dem roten Wien einen Hort der Reaktion zu machen. Doch die Wiener Arbeiterschaft ist auf der Hut und macht durch ihre Opferwilligkeit weit, was Zeipel und Hufe der von ihm beschützten Bauhäuser und Hausbesitzer spielend bewältigen kann: sie schafft sich aus eigenen Mitteln einen Wahlfond, um den Wahlkampf siegreich führen zu können. In einer einzigen Woche hat die Wiener Arbeiterschaft 180 Millionen Kronen für den Wahlfond aufgebracht. Da jeder organisierte Arbeiter 1000 Kronen wöchentlich für den Wahlfond zahlt, so ergibt sich aus den angeführten Summe, daß 180.000 organisierte Genossen in Wien allein ihre Pflicht erfüllt haben. Gewiß ein erhebendes Zeichen proletarischer Opferwilligkeit und proletarischen Klassenbewußtseins, das Säumige anfeuern und Pflichtbewußte mit Stolz erfüllen muß. Diese proletarische Tat schafft auch die Gewähr, daß Wien auch weiterhin rot bleiben wird.

Ein proletarischer Kämpfer. In Komotau ist dieser Tage Genosse Gustav Tichy gestorben. Mit ihm ist einer der Vorkämpfer der Kellnerorganisation zu Grabe getragen worden. Gen. Tichy, der nur 23 Jahre alt geworden ist, hat zuerst in Reichenberg gewirkt und mußte dann, vom Kopf der Unternehmer vertrieben, in Komotau eine Stelle suchen. Doch auch hier zwangen ihn die Herren Chefs, seine Stelle aufzugeben. Tichy ging ins Ruhrgebiet. Die Ruhrbesetzung brachte ihn um seine neue Stellung, in der er sich mitten unter lauter organisierten Kollegen sehr wohl gefühlt hatte. Als kranker Mensch — die Proletarierkrankheit hatte auch von ihm Besitz ergriffen — kehrte er nach Gablonz zurück, wo sich sein Zustand merklich verschlechterte. Zu Tode krank ging er nach Komotau, um dort zu sterben. Am Grabe des Verstorbenen sprach im Namen der Kreisgewerkschaftskommission Gen. Stüh dem verstorbenen Genossen, der seine ganze Kraft für das Wohl der arbeitenden Menschen und seiner Kollegenchaft eingesetzt hatte.

Ein Sakentkruzer über den Nationalsozialismus. In der völkischen Zeitschrift „Frei Deutschland“, die auf der Titelseite des Sakentkruzer trägt, schreibt ihr Herausgeber Dr. Ernst Dunkel einen sehr klugen Aufsatz über Nationalsozialismus. In diesem Aufsatz heißt es: „Aber die gute Absicht genügt freilich nicht, es muß auch das Können hinzukommen. Und das vermisse ich allerdings bei den Nationalsozialisten gänzlich. Sie heißen nicht nur Partei, sie sind es auch und werden es immer bleiben, können niemals Volksgemeinschaft werden, weil es ihnen an dem befreienden und erlösenden Gedanken fehlt. Ihre wirtschaftlichen Grundzüge sind blutige Stumperei, ein Klauerwelsch von Staatssozialismus und gleich abgelebter Mittelstandsretterei, ein undurchdachtes Sammelstadium von Forderungen und Vorschlägen, die sich gegenseitig aufheben und torkeln. Demgemäß mangelt es ihrer Presse durchaus an sachlichem Ernst. Der Inhalt ist so gut wie rein negativ; Kampf, nichts als Kampf gegen Juden und Marxisten, und dazu meist in einer faum zu beschreibenden persönlichen Tonart. Das zweite Wort ihrer Verlautbarungen heißt Novemberverbrecher. Von den schlimmsten Verbrechern, den Währungsputschern und Währungsschwündern, die den Novembersturz in Wahrheit verschuldet haben, haben die guten Leute keine Ahnung.“ — Herr Dr. Dunkel, der ja selbst Sakentkruzer ist, muß ja wissen, was er von seinen Leuten zu halten hat.

Ein betrügerischer Bauleiter. Vor einigen Wochen brachten wir die Meldung, daß der Bauhelfer Milabersky am Neubau des Staatskammerwohnhauses in Saaz 30.000 Kronen unterschlagen hatte und seither verschwunden sei. Die Nachforschungen ergaben, daß auch der Bauleiter dieses Neubaus Ing. Opel sich verschiedene Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ. Opel führte doppelte Bücher: eins für die Firma und eins für seine Person. Beim Vergleich dieser beiden Bücher ergab sich ein Abgang von 70.000 K zum Schaden des Unternehmers Ferdinand Rudolf in Prag II. Opel wurde daraufhin am Montag früh verhaftet. Bei Aufdeckung dieser Affäre ist es auch angezeigt, einiges über Opel selbst zu berichten. Opel gehörte zu den Freunden des Medaltens der „Deutschen Abendzeitung“ — Saaz, Ludwig Wolf, des Leiters jenes sojourn bekannten Regierungsblattes. Opel war als rücksichtsloser Antreiber bekannt, der fast nicht schente, Arbeiter ohne weiteres aufs Vloß zu setzen. Er hat auch seinerzeit zwei Erklärungen verfaßt, in denen anständige und ehrlche Arbeiter als Kautenzer bezeichnet wurden. Die übrige Arbeiterschaft wurde von Opel gezwungen, diese Erklärung zu unterschreiben. Als dann die Arbeiterschaft von Opel Rechenschaft fordern wollte, ließ er sich Gedanken zu seinem Schutze beistellen. Opel hatte selber auch unter der Arbeiterschaft einige Menschen ausfindig gemacht, die ihm bei seinem Vorgehen behilflich waren. Diese werden nun jedenfalls einschießen, mit wenn sie es zu tun hatten.

Massenmord mit Arsenik. Wie aus Beling gemeldet wird, hat der Gerichtshof in Hankau, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Tschang, kürzlich drei Todesurteile in Verfolgung eines Prozesses gefällt, bei dem folgender Tatbestand festgestellt wurde: Der Vorsteher eines Erziehungsinstitutes in Hankau hatte sich 2000 Dollars aus der Schulleiste angeeignet. Aus Furcht vor Entdeckung bestach er bei Wiedereröffnung der Schule die beiden Köche der Anstalt, die auf seinen Rat in den für die Jöglinge bereiteten Reis ein Schachtel Arsenik schütteten.

Das vergiftete Mahl wurde am Abend serviert und hatte entsetzliche Folgen. 250 Schüler rangen tagelang mit dem Tode, und die Kunst der Ärzte konnte nicht verhindern, daß 24 Schüler im Laufe der nächsten Tage starben.

Autounfall. Am Sonntag nachmittags ereignete sich bei Gewiß ein schweres Autounfall. Der Sohn des Fabrikanten Kubidel aus Gewiß ließ seinen Wagen von einem ungeprüften Lenker, einem gewissen Erha, fahren. Als Erha auf der Landstraße den Wagen allzu nahe an den Straßenrand lenkte, riß Kubidel das Lenkrad so schnell herum, daß sich der Wagen überschlug. Die Insassen des Wagens wurden herausgeschleudert und erlitten schwere Verletzungen. Kubidel selbst stieß sich mit dem Kopf gegen einen Baum und war auf der Stelle tot.

Wegen Gattenmordes verhaftet. Kurze Zeit nach dem von einem Landstreicher an der Bäuerin Böhm in Gofel verübten Raubmordes fand man den Schwager der Bäuerin, den Gutsbesitzer Böhm in Oberkuruth, tot in Erseich. Damals wurde angenommen, daß es sich um einen aus Schwermut verübten Selbstmord oder um einen Unglücksfall handle. Nunmehr wurde die Gattin des tot Aufgefundenen unter dem schweren Verdacht verhaftet, an dem Tode ihres Mannes nicht schuldlos zu sein. Sie wurde dem Kreisgerichte Eger eingeliefert, welches die Untersuchung der geheimnisvollen Affäre führt.

Durch einen Ziegelstein getötet. Der Maurermeister und Bauunternehmer Fr. Pavlovsky aus Prohny wurde, als er seinem Mann beim Baue Ziegel hinauftrug, von einem herabfallenden Ziegel so unglücklich auf den Kopf getroffen, daß er auf dem Transporte in das Krankenhaus starb.

Die Eröffnung der Fluglinie Prag-Preßburg. Der erste Apparat auf der tschechoslowakischen Fluglinie Prag-Preßburg wird Montag, den 15. Oktober abfliegen. Mit diesem Tage wird der regelmäßige tägliche Verkehr über den ganzen Winter aufrechterhalten bleiben. Der Fahrpreis für eine Person von Prag nach Preßburg wurde mit 100 K festgelegt. Staatsangestellte zahlen 100 K. Die Flugposttarife wurden nachstehend bestimmt: für einen Brief das normale Porto plus 30 h, für eine Postkarte plus 20 h, für Druckerzeugnisse plus 10 h. Jeder Passagier darf 5 Kilogramm Freigeleit mitnehmen. Für jedes weitere Kilogramm Gepäck oder Ware sind 3 K zu entrichten. Für die Fluglinie werden neue Aufschlagsmarken zu 30, 20 und 10 h herausgegeben werden. In Prag und Preßburg werden in den Straßen besondere Postkästen für die Fluglinie etabliert. — Die Flugzeuge werden täglich um 12.30 Uhr vom Flugplatz Gbel und um 11 Uhr vom Flugplatz Vojnovy bei Preßburg abfliegen. Ankunft in Preßburg um 15 Uhr, in Prag um 13.30 Uhr. — Zur Erleichterung der Verbindung von Prag nach Preßburg mit den Flugplätzen werden täglich Personautos für die Passagiere in den genannten Städten zur Verfügung stehen. Abfahrt des Autos von Prag, Kauslei der Aeroline (Károlyi térszék) um 11.45 Uhr, von Preßburg, Hotel Karlton, um 10 Uhr.

Die Jubiläumsmarkten. Anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Gründung der Tschechoslowakischen Republik wird die Postverwaltung Jubiläumsmarkten ausgeben. Die Jubiläumsmarken werden in vier Werten (zu 3 K, 2 K, 1 K und 50 h) erscheinen und vom 27. Oktober an bei allen Postämtern mit einem 10prozentigen Aufschlag, somit zum doppelten Nennwert, zum Verkauf angeboten. Der Verkaufserlös wird dem Tschechoslowakischen Roten Kreuz, der Kinderfürsorge und dem Fonds für soziale Fürsorge der Post- und Telegraphenanstalt zufließen. Die Jubiläumsmarken können während der Zeit vom 28. Oktober bis 31. Dezember 1923 zur Freimachung der Postsendungen für den In- und Auslandsverkehr verwendet werden. Die Jubiläumsmarken werden das Bild des Präsidenten Masaryk tragen. Die Marken werden 20 x 25 Millimeter groß, aus Papier mit Wasserzeichen im Stahlstempelverfahren hergestellt sein und auch in der Nummerierung das Zeichen der Republik führen; diese Neuerungen verhindern die Möglichkeit einer Fälschung. Die Marken stehen gegenwärtig noch im Druck; sie werden in einer Gesamtauflage von drei Millionen Stück herausgegeben werden, das sind 30.000 Blatt, 15.000 Blatt der 50 h-Werte, 10.000 der 1 Kronen-, 3000 der 2 Kronen- und 2000 der 3 Kronen-Werte.

Veränderungen im Zugverkehr. Die Staatsbahn-Direktion Prag-Züd teilt mit: Schiffs Vermehrung der Ueberfüllung des Zuges Nr. 326 wird vom 15. Oktober d. J. an Arbeitstagen nur zur Probe von Dobrichowitz nach Smichow der Personenzug Nr. 1336 eingeführt werden. — Abfahrt von Dobrichowitz 6.30 Uhr, Ankunft in Smichow 7.05 Uhr. Der Zug Nr. 21 pflegt täglich auf der Teilstrecke Böhm.-Prag-Brag-Mal.-Voh. überfällt zu sein. Aus diesem Grunde wird mit Geltung von Montag, den 15. d. M. der Personenzug Nr. 319 von Dvubai nach Zláv-Strabovs eingeführt, der an Arbeitstagen fährt wird. Abfahrt von Dvubai 5.20 Uhr, Ankunft in Zláv-Strabovs 6.10 Uhr.

Die amtliche Kohlenprexe der den Kohlenhändlern in den Kohlenmagazinen sämtlicher Bahnhöfe Groß-Prag gehörenden Vorräte von Braun- und Steinkohle und Koks, welche mit Erlaß des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Nr. 6296 vom 5. Septemder d. J. verfügt wurde, wurde aufgehoben.

Verbreitende Verabreichung der Milchprexe. Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, wird gegenwärtig im Ministerium für Volksversorgung mit den Milchproduzenten über eine Herabsetzung der Milchprexe in Groß-Prag verhandelt. Pasteurisierte Milch soll von 2.20 K auf 2 K, nichtpasteurisierte Milch von 2 K auf 1.80 K per Liter ermäßigt werden. Für Brünn wurde vom Ministerium in den letzten Tagen der Preis für pasteurisierte Milch mit 1.80 K, für nichtpasteurisierte mit 1.60 K per Liter festgelegt.

3de Sprachkurs. Prof. Dr. A. Stör beginnt einen Lehrgang der Weltlichsprache 3de am Frei-

tag, den 12. Oktober, abends um 6 Uhr 30 im Sörtsaale der technischen Hochschule, Prag I., Kowtistka 22, mit einem Lichtbildervortrag: 3do und 3pe ranto. Dieser erste Vortrag ist frei zugänglich.

Wetterüberblick vom 10. Oktober: Am Dienstag dauerte im ganzen Staatsgebiete regnerisches Wetter an. Sämtliche Stationen melden Niederschläge. Preßburg 25 Millimeter, Tabor 15 Millimeter und Prag 12 Millimeter. Während des Tages trat weitlich der March eine leichte Erwärmung ein. Ein Neil hohen Trudes, welcher von Süd-West-Europa vorliegt, dürfte eine vorübergehende Besserung herbeiführen. — Wahrscheinliches Wetter für heute: Veränderlich, jedoch vorübergehend besser.

Nach dem Bergarbeiterstreik.

Zchlussigung der Zentralstreikleitung der Bergarbeiter.

Ueber ihre Zigung, die gestern stattgefunden hat, berichtet die Zentralstreikleitung der Bergarbeiter: Die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 6. Oktober 1923 wurden in allen Revieren durchgeführt. Die Zentralstreikleitung verurteilt die Vorkommnisse, welche bei der Konferenz in Lažo (Strau) von einem Teil verhetzter Bergarbeiter hervorgerufen wurden.

Die Arbeit wurde am 9. Oktober 1923 allgemein aufgenommen. Die Aufnahme ging überall glatt vor sich, mit Ausnahme der Steinkohlengrube in Fras bei Pilsen, wo Bergarbeiter Stieber zwölf Bergarbeiter und zwei Betriebsräte nicht wieder in die Arbeit eingestellt hat und außerdem die übrigen Streikenden als Neuaufgenommene betrachtet. Es werden alle Vorbereitungen getroffen, um die feinen Manieren des Herrn Stieber unwirksam zu machen.

Mit der allgemeinen Arbeitsaufnahme ist der siebenwöchentliche Generalstreik der Bergarbeiter beendet und alle Streikleitungen aufgelöst. Alle noch aus dem Streik sich ergebenden Maßnahmen werden den lokalisierten Bergarbeiterverbänden zur Erledigung übertragen.

Die Zentralstreikleitung veröffentlicht das Verzeichnis der bei ihr eingegangenen Streikunterstützungen, sie sieht sich jedoch gezwungen, festzustellen, daß von verschiedenen Organisationen und Parteien schon mit Beginn der zweiten Streikwoche für die streikenden Bergarbeiter gesammelt wurde, daß jedoch die Zentralstreikleitung weder um die Zustimmung zu diesen Sammlungen gefragt, noch ihr das Geld abgeliefert wurde. Sie stellt ausdrücklich fest, daß diese Kritik sich nicht auf die Sammlaktion der Gewerkschaftszentralen, die in der letzten Streikwoche eingeleitet wurde, bezieht.

Namens der Bergarbeiter dankt die Zentralstreikleitung den Zentralen der Gewerkschaftsorganisationen, den sozialistischen Parteien für die zum Ausdruck gebrachte Solidarität, Kampfereitschaft und tatsächlich geleistete Unterstützung. Sie dankt allen Korporationen, welche den streikenden Bergarbeitern ihre Sympathien in welcher Form immer zum Ausdruck brachten, sie dankt der sozialistischen Presse für ihr Eintreten zugunsten der Bergarbeiter während des Kampfes.

Insbefondere dankt aber die Zentralstreikleitung den Bergarbeitern für ihr musterhaftes und disziplinäres Verhalten während des Streikes, dankt außerordentlich allen Mitgliedern der Revier-, Lokal-, Schacht- und Kreisstreikleitungen für ihre nicht immer leichte Arbeit.

Während des Streikes liefen bei der Zentralstreikleitung Sympathieunterstützungen von 64 Korporationen und Parteien ein.

Schriftliche Ansuchen um Zuweisung von Kohle 170, und zwar:

1. von Humanitäts-, Kranken- und Jren-Anstalten 43
2. von anderen, im Interesse der Öffentlichkeit gelegenen Unternehmungen 18
3. von Privatunternehmungen 13
4. von Privatunternehmungen, welche Ansuchen aber vom Betriebsrat oder von Arbeiterorganisationen befürwortet und bekräftigt wurden 96

Dazu kommen noch unzählige mündlich vorgebrachte Ansuchen.

Dazu ist zu bemerken, daß es sich bei der Zentralstreikleitung vorwiegend um strittige Ansuchen handelte, der weit größere Teil der Ansuchen wurde von den Revierstreikleitungen erledigt.

Bei der Zentralstreikleitung eingelangte Sammelgelder betragen bis zum 9. Oktober 1923 56.037,98 Kronen.

Die Zigungen der Zentralstreikleitung fanden täglich statt. Zu 13 Zigungen wurden die Vorsitzenden der Revierstreikleitungen beigezogen. Während des Streikes wurden fünf Reichskonferenzen einberufen, außerdem fanden 38 Revierkonferenzen statt.

Die Zentralstreikleitung hat, wie ja bekannt ist, alle Verhandlungen sowohl mit den Bergwerksbesitzern als auch mit der Regierung geführt.

Der Abschluß des Bergarbeiterstreikes im Bezirk Hultschin. Montag, den 8. Oktober, tagten in Hultschin- und Peterhofen Bergarbeiterversammlungen, in welchen Gen. Wagner den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und den Vorschlag der Reichskonferenz und dessen Be-

deutung erhaltete. Beide Versammlungen waren so stark besucht, daß kein Platz war, alle Teilnehmer zu fassen. Gen. Wagner gab einen ausführlichen Bericht über die ganze Situation im Kampfe und schilderte die Absichten der Unternehmer, die nichts anderes haben wollten, als die Bergarbeiterorganisationen zu zerschlagen und die Kapitulaton der Bergarbeiter zu erzielen. Dies ist ihnen durch den Abschluß nicht gelungen, die Bergarbeiter gehen nicht aus dem Kampfe als Geschlagene hervor und die Absicht, über die Bergarbeiter mit einem Diktat zu triumphieren, müssen die Unternehmer aufgeben. Sie müssen sich mit weit größeren Verlusten und weit geringeren Lohnabgaben, als sie es sich vorgesetzt haben, abfinden. Gen. Wagner empfahl der Versammlung als einer gut disziplinierten Kampftruppe, das Abkommen, welches die Reichskonferenz angenommen hatte, gleichfalls zu billigen, um damit der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Bergarbeiter Vertrauen zu ihrer Organisation haben und daß sie bereit sind, Vorbereitungen zu treffen, um für einen weiteren Angriff gewappnet zu sein. Beide Versammlungen nahmen mit der größten Ruhe den Bericht zur Kenntnis und sprachen den Organisationen und ihren Vertrauensmännern das vollste Vertrauen aus. Folgende Erklärung wurde sodann angenommen: „Die Bergarbeiter des Südschlesien Landens nehmen mit schwerem Herzen den Bericht entgegen und beschließen einmütig, den Beschluß der Reichskonferenz als eine gut disziplinierte Arbeiterschaft anzunehmen und die Arbeit am 9. Oktober geschloffen, wie sie in den Kampf gegangen sind, wieder aufzunehmen. Beide Versammlungen erklären, daß damit in keiner Weise an dem Kampfeswillen gewirkt werden dürfe, sondern die Bergarbeiter stehen auf der Hut und sind bereit, zu jeder Stunde, wenn sie gerufen werden, mit voller Macht und mit demselben Kampfesmut für ihre Existenz zu kämpfen.“

Für den Streikland der Bergarbeiter wurde noch geripendet: Hausmeistergruppe 20, Hausmeisterverband 100, Industrieangestellte Brieg 1000, Eisenbahner Brünn 211.10, Sozialdemokratie Karpaten-Rußlands 300, Prager Feuerwehr 658, Bauarbeiter Prag VII 253, Slavatel, Karolinental 230, Kohlenhändler Prag 650, Bauarbeiter Zlitzow 300, Bauarbeiter beim Bau des Herrn Bielek 116, Bergarbeiter vom Zochate „Fortschritt“ 170, Zlitzowarbeiter 8868.18, Arbeiter der Staatswerkstätten in Böhmisches Trübau 3680, Arbeiter Crenstein u. Coppel 243.50, Eisenbahner Lundenburg 802, Beamtenschaft der Genossenschaftsbank 875, Bauarbeiter Boffowitz 100, Heiser Prag VII 100, Arbeiter der Firma Reiten, Rudweis 300, Arbeiter Kohout, Zaischov 180.50, Angestellte der Firma Koval, N. John, Prag 363, Verband der Paus- und Sparoffenbeamten 10.000, Beamtenschaft der Spiritusindustrie Prag 200, Ungenannt 50, Angestellte des Elektrizitätswerkes Prag 4000, Kohlenbeamte 1000, Arbeiter beim Bau auf der Trolita 40, Handwerker der tschechoslowakischen Bahnen 2000, Arbeiter der Firma Dolezal 906.50, Bezirgsbeamtenschaft von Gablonz 830, Arbeiter der Firma Kranthammer, Turn bei Tepliz 300, Gruppe von Gemeindeangestellten in Tullitzien 100, Zafadenarbeiter Prag 300, Kararbeiter Zmizow 140, Angestellte von Wladar, Wladowin 210, Markide Papi, Prag 5, Konsumgenossenschaft Jar 250, Eisenwerke Semel 1000, Angestellte des Ministeriums für nationale Verteidigung 265, verschiedene Bauarbeitergruppen 1140.40, Bauarbeiter Prag, Majarskohof 91, Genossenschaft „Ganymed“ 500, Angestellte der Staatsbahnen in Sudweis 1000 Eisenbahner Pann 10.000, Arbeiter der Zicherei Zlitzow 1000 K, Spargenossenschaft Kolin 300, Pranz, Plan, Prag V 10, Arbeiterchaft von Kamenitz, Wernberge 310, Koval, N. John 320, Bauarbeiter Zmizow 20, Betriebsausichuß des Zlitzowwerkes 5531.50, W. Cerny, Kohnan 75, W. Waldhar, Kralowin 50, Arbeiter der Firma Ziemens, Přebuz 902, Arbeiter der Zlitzowwerke, Königshof 1000, Verkehrsamt Tullitz 324, Arbeiterchaft der Firma Appen, Königshof 700, Firma Krametz, Rudweis 300, Lebensmittelgenossenschaft Pirkemberg 300, insgesamt 61.321 K 48 h.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.
Das Gebot der Stunde.

Am Dienstag haben im Ministerium für öffentliche Arbeiten Beratungen über die Festsetzung der neuen Kohlenpreise stattgefunden. Es wurde vereinbart, daß mit Gültigkeit vom 10. Oktober die Preise der Steinkohle aus dem Strauer Revier von 21.35 Kronen per Meterzentner auf 16.80 Kronen herabgesetzt werden, so daß die Verbilligung 4.55 Kronen per Meterzentner ausmacht. Der Preis der Braunkohle und zwar sowohl aus dem Brüger als auch dem Falkenauer Revier wurden auf 8.85 Kronen per Meterzentner festgesetzt.

Nachdem dies geschehen, ist zweierlei notwendig: Es müssen so bald als möglich die neuen Preise der Kohle in Kraft treten und es muß seitens der Behörden die strengste Kontrolle ausgeübt werden, daß die Kohle auch tatsächlich zu den niedrigeren Preisen verkauft wird. Denn es darf nicht geduldet werden, daß etwa gerade die kleineren Konsumenten, die Arbeiter und Angestellten noch immer teure Kohle bezahlen, obwohl die Bergarbeiter seit Montag die niedrigeren Löhne erhalten. Es darf nicht dazu kommen, daß sich einzelne Kohlenhändler gerade jetzt, wo der Kohlenbedarf infolge des siebenwöchentlichen Streiks ein größerer ist, in wucherischer Weise bereichern.

Außerdem müssen sehr nicht nur die Preise der Kohlen heruntergehen, sondern die Preise aller Industrieerzeugnisse müssen herabgesetzt werden, da in der Produktion fast aller Waren

der Kohlenpreis eine große Rolle spielt. Die Spekulation der Industriellen, den Unterschied zwischen den alten und neuen Kohlenpreisen einfach in die Tasche zu stecken, und die Preise der Industrieerzeugnisse nicht herabzusetzen, muß von der Regierung mit der größten Schärfe entgegengetreten werden. Vor allem müssen die Eisenpreise umgekehrt eine Senkung erfahren. Billigere Kohle und billigeres Eisen wird dann die Herabsetzung der Preise fast aller Industrieerzeugnisse zur Folge haben und damit die Lebenshaltung der arbeitenden Massen fühlbar erleichtern. Wie gesagt, ist hierbei keine Zeit zu verlieren und das Ernährungsministerium muß nun von den Rebensarten zu Taten übergehen, die gesamte Regierung muß zeigen, daß es ihr mit der Bekämpfung der Teuerung ernst ist.

Staatliche Jüderverteilungsstellen und Konsumvereine. Während der Verhandlungen zwischen Regierung und Jüderindustrie brachten tschechische Blätter Bericht von der Absicht der Regierung, staatliche Jüderverteilungsstellen einzuführen. Wir wissen über diese Verhandlungen nichts und es ist uns auch vollständig unbekannt, daß und ob die Regierung ernstlich diese Absicht hatte. Interessant war aber die Wirkung bei den bürgerlichen tschechischen und deutschen Blättern. Insbesondere war es die „Bohemia“, die es sich nicht ersparen konnte, gegen die Konsumvereine ihre Gehässigkeit zu zeigen. Sie behauptete, daß die Jüderverteilungsstellen für die Konsumenten nur schädlich wären, weil sie verteuern würden. Darüber läßt sich jedenfalls streiten. Wenn Jüderverteilungsstellen eingeführt werden sollten, so war der Zweck der, die Inlandsversorgung einheitlich zu sichern. Es war und ist nicht ausgeschlossen, daß die für den Export günstig gelegenen Fabriken ihre Produktion ganz oder zum größten Teil zu den hohen Weltmarktpreisen exportieren werden. Sie werden auf den Inlandsbedarf keine Rücksicht nehmen. Ob sich die Regierung in der Beziehung gesichert hat, wissen wir nicht, aber zweifellos besteht diese Gefahr und es ist notwendig, die Regierung darauf aufmerksam zu machen. Diese Gefahr kann, wenn eine sonstige Einigung nicht erzielt werden kann, nur durch Beschlagnahme der ganzen Jüderernte und Produktion erfolgen. Erst, wenn der Inlandskonsum sichergestellt ist, darf das überschüssige Quantum im freien Handel exportiert werden. Das war wohl die Absicht der Regierung. Die Unterstellung der „Bohemia“, daß die Konsumvereine die Initiatoren des Gedankens der Jüderverteilungsstellen wären, und zwar aus dem Grunde, weil es dann nicht vorzukommen könnte, daß die einzelnen Kaufleute Jüder billiger verkaufen, als die Konsumvereine, was bei freiem Handel sehr leicht möglich ist, ist unsinnig. Das Gegenteil ist wahr. Gerade in jenen Gebieten, wo die Konsumvereine ohne Jüder sind und die Kaufleute häufig noch alte Vorräte besitzen, werden diese zu hohen Preisen abgegeben. Wir können mit vielen Beispielen aufwarten; aber der „Bohemia“ liegt doch nicht daran, die Wahrheit festzustellen, sondern sie betrachten ihren Daseinszweck erfüllt, wenn sie ihre Bosheit gegen die Arbeiterkonsumvereine, sei es, wo immer, zum Ausdruck bringen kann. Glücklicherweise schadet das niemandem.

Das Steigen der Kleinhandelspreise. Während, wie wir gestern berichteten, die Großhandelspreise nahezu unverändert geblieben sind, sind die Kleinhandelspreise nach der Aufstellung der statistischen Staatsamtes im September gegen den Vormonat gestiegen. Für den Kleinhandel werden zwei Indexziffern errechnet: I für die Nahrungsmittel, II für die Bekleidungsartikel. Der Index I ist nun vom August bis September von 892 auf 903 gestiegen, II von 982 auf 993. Zum Vergleich seien die Indexziffern vom Monat September des vorigen Jahres herangezogen, da diese 1105 und 1409 betragen.

Die armen Jüderbarone. Die Schöllerfabriken bringen für das Geschäftsjahr 1922/23 eine Dividende von 21% per Aktie zur Auszahlung! Also, da ist doch höchste Zeit, daß die Zinsserpeie erlosch werden.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien ist in der letzten Woche um 14.000 gestiegen und beträgt nunmehr 1.246.000, demnach um 210.000 weniger als im Jänner dieses Jahres.

Devisenkurse.
Prager Kurse am 10. Oktober.

	Geld	Ware
100 Holl. Gulden . . .	1358 00	1362 00
1 Million Mark . . .	901 30	901 50
100 belg. Francs . . .	170 25	180 75
100 franz. Francs . . .	616 25	618 75
1 Pfund Sterling . . .	153 75 00	157 25 00
100 Lire	158 75 00	158 25 00
1 Dollar	84 30 00	84 70 00
100 franz. Francs . . .	598 75 00	598 25 00
100 Dinar	40 30 00	40 50 00
10.000 ungar. Kronen . .	17 87 50	18 87 50
10.000 poln. Mark . . .	0 44 25	0 45 75
10.000 österr. Kronen . .	4 80 00	5 10 00

Züricher Schlusskurse am 10. Oktober.

	Geld	Ware
Zürich	84 25 00	84 40 00
London	25 41 00	25 43 00
Paris	0 02 00	0 00 00
Wien	25 45 00	25 50 00
Holland	219 25 00	219 75 00
Wien	0 00 78 00	0 00 70 00
Budapest	0 02 75 00	0 03 10 00
Prag	16 22 50	16 30 00
New York	5 57 50	5 58 00
Brüssel	6 50 00	6 75 00
Warschau	0 00 00 00	0 00 00 00

Die tschechische Krone notiert in:
Paris Schw. Krant 16.76'23
Berlin Mark 90.000.000'00
Wien österr. Kr. 2130'00

Der Film.

Wahlpropaganda im Film. In dem österreichischen Wahlkampf, der seit Wochen die öffentliche Meinung der Bundesländer, vor allem Wiens, in Spannung hält, ist zum erstenmal in Mitteleuropa der Film als gleichwertiges Propagandamittel neben dem gesprochenen und gedruckten Wort getreten. Die sozialdemokratische Partei, die auch in der übrigen Wahlpropaganda den beiden anderen großen Parteien um einige Längen voraus ist, zeigt fast täglich in irgend einem Lichtspieltheater Wiens und außerdem auf den Lichtschamäken die „Sanierrungsfilme“. Das Steuersystem der Gemeinde Wien und die Fürsorgetätigkeit der Katholiksozialisten kann so nicht nur in statistischen Darstellungen vorgeführt, sondern auch mit zahlreichen konkreten Beispielen dargestellt werden. Man sieht im Film alle die Luxureinrichtungen, auf die Preiner keine — bis 40 Prozent ansteigenden — Steuern legt. Die nächsten Bilder zeigen dann die vielen sozialen Institute, die mit diesen Geldern erhalten werden, Kinderheime, Versorgung und Krankenhäuser, Bäder, Schulausspeisungen, und als Hauptargument erscheint auch im Film das Wohnbauprogramm der Gemeinde. Die großen, bereits fertigen oder schon im Bau befindlichen, modernen Wohnhäuser auf dem Margarethenberg, auf der Schmels, in Meidling sind die glänzendsten Zeugen der roten Sanierung. Das große Schlagwort bei den Wiener Wahlen ist der Kampf um den Mieterschutz. Um für ihn wirkungsvolle Filmpropaganda zu treiben, hat man den modernen Trickfilm herangezogen. Dieser — er ist durch die „Münchener Bilderbogenfilme“ weit bekannt — ermöglicht es, die Realität in den Film zu übertragen. Was auf photographischem Wege nie erreicht werden kann, das bizarre Spiel der faszinierenden Linie auf die rollende Leinwand zu bringen, wird zeichnerisch gelöst. Die „Hausbesitzerparlament“ mit den Spicherinnen, Seipels Vorfahrenbekannter Kopf, die Hausbesitzertrüme von der kommenden geflohenen Zeit, sie sind glänzende Vorwürfe für den Trickfilm. Besonders wertvoll ist die Filmpropaganda im Freien. Hunderte Gleichgültiger, die nie in eine Wählerversammlung oder in eine Wahlkampfveranstaltung zu bringen sind, bleiben doch im Vorbeigehen eine Viertelstunde stehen, wenn sie die Vorführung an Reklamatur bemerken, und erfahren so mindestens Anregungen. Hochherzige Lampen für den Projektor ermöglichen auch an hellen Abenden die Filmvorstellungen im Freien und wenn das Wetter günstig ist, können Abend für Abend viele Tausende die Sanierungsfilme sehen. Es ist zu erwarten, daß das Wiener Beispiel Nachahmung findet und der Propagandafilm ebenso wie die Filmkarikatur bald unentbehrliche Requisite jedes Wahlkampfes sein werden. Stoff zu solcher Propaganda wird allerdings nur wenigen Parteien in ähnlich reichem Maße beschieden sein, wie den Wiener Sozialdemokraten. Ein Gleiches kann ihnen vorläufig niemand zur Seite stellen. — cl.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Mähren. Die am Sonntag abgehaltene Bezirkskonferenz war von 47 Delegierten der Lokalorganisationen und 33 Delegierten der Gemeindefraktionen besucht. Keine Delegierten haben zehn Organisationen entsendet. Zum Punkte „Kommunalspolitik“ erstattete Genosse Breitfelder das Referat. Er brachte einen ausführlichen Bericht über die Gemeindefragen und behandelte dann eingehend die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler in der Gemeindefrage im allgemeinen und unsere Aufgaben im Bezirke selbst im besonderen. Den Bericht über „Die politische Lage“ erstattete Senator Genosse Stark. Die sich an beide Referate anschließende Debatte war eine sehr reger. Hierauf wurde Genosse Breitfelder als Delegierter zum Parteitage gewählt. Angenommen wurde auch ein Antrag des Bezirksausschusses, im Rahmen der Bezirksorganisationen eine Sammlung für den Abtränder Genossen Josef Eckert in Neubau durchzuführen. Um halb 2 Uhr nachmittags schloß der Vorsitzende Genosse Weidl die arbeitsreich verlaufene Konferenz.

Jugendbewegung.

Neugründungen von Jugendorganisationen. Am 5. Oktober fand in Böhm. Leipa die Gründungsversammlung der Ortsgruppe der sozialdemokratischen Jugendverbände statt, in der Jugendgenosse Jun aus Bodenbach über „Aufgaben und Ziele des sozialdemokratischen Jugendverbandes“ referierte. Nach dem Referate meldeten sich eine Reihe von Anwesenden als Mitglieder des Jugendverbandes. — In Kolmen-Stubitz fand dieser Tage gleichfalls eine gründende Versammlung statt, bei der sich zwanzig Versammlungsbesucher als Mitglieder anmeldeten. — In Saida, wo früher eine starke Jugendgruppe bestand, ist es nun nach längeren Bemühungen gelungen, wieder eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen, die heute dreißig Mitglieder zählt.

Kunst und Wissen.

Konzert des Zigitischen Chores. Nach drei Wunderkonzerten der Don-Rosinen und des beiden tschechischen Chorabenden des Berliner Domchors hat uns nun die Konzertsdirection Spurny mit dem Zigitischen Chöre aus Rom bekannt gemacht, der in

breit aufeinanderfolgenden Konzerten dem Prager internationalen Publikum seine Kunst dastellen soll. Der 60 Sänger starke Chor hat mit dem viele hundert Jahre alten wirklichen Zigitischen Chor nicht viel zu tun, denn er setzt sich aus ausgewählten Sängern der Kirchenchöre von San Giovanni di Laterano, San Pietro di Vaticano, Santa Maria Maggiore und des eigentlichen engeren Zigitischen Chores zusammen, die sich unter der Bezeichnung „Societa polifonica romana“ auf Kunstreisen begaben haben. Wer geglaubt hat, sich bei diesem Chöre an dem üppigen Wohlklang italienischer Stimmen erfreuen zu können und in der weichen Klangfülle südlischer Mehrstimmigkeit (schweigen zu dürfen, wurde enttäuscht. Diese römische liturgische Sängervereinigung wirkte vor allem durch die Kraft ihres Stimmmaterials, das mitunter sogar roh klingt, wozu die auffallend naturalistische Singweise der Sänger besonders beiträgt. Chorgesangsstechnik zeigten diese Sänger respektables Können, aber ihre Intonation ist nicht immer rein, oft ungleichmäßig, ihre Dominik unvermittelt gegenständig, ihre Rhythmi nicht temperamentvoll als straff, die Koloratur verwirrt und flüchtig. So wirken ihre Chorvorträge mehr äußerlich blendend als innerlich befriedigend. Gesangsstilistisch trugen die gesungenen vier- und mehrstimmigen Chöre, unter denen die überwiegende Mehrheit von Palestrina stammte, rein italienischen Charakter, und zwar nicht nur hinsichtlich der Wortbehandlung des lateinischen Textes, sondern auch in der gesangsmäßigen Auffassung und in der Art des Vortrages. Jeder Sänger fühlt sich in diesem Chor als Solist und singt auch darnach, so daß die Komposition den Sängern untergeordnet erscheint. Das sogenannte „Stretto“ der Italiener, dieses auf Vorwurf und Effekt hinzielende Vortragsmittel, gab den Chorgesängern das charakteristische Gepräge. Der Dirigent der römischen Kirchenchöre, Monsignore Raffaele Casimiri, ist ein Vollblutmusiker ersten Ranges, um dessen Temperament ihn so mancher weltliche Meister des Taktfloßes beneiden könnte. Von seiner gründlichen musikalischen Tüchtigkeit gab eine Motette Firmin de Bels Zeugnis, deren ungerechte Ergänzung aus unvollständig und unvollständig erhaltenem Materiale sein Wert ist: das Schlußstück eines vom gewaltigsten Forte zum laun hörbaren Piano abschließenden Chores. — ok.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag (9-11), Anfang 6 Uhr: „Die Götter“. Freitag (Serienprüfung 11-13): „Frau Präsidentin“ mit Pepi Glöckner-Kramer und Richard Romanowski. Samstag (10-12) unter Jentschius Leitung: „Faubergs Flöt“. Sonntag Operettenpremiere „Wadi“ von Robert Stolz.

Arbeitervorstellung „Das Nachtlager von Granada“ und „Zusammens Geheimnis“. Sonntag, den 14. Oktober, 2 Uhr, zu ermäßigten Preisen Kreuzer romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf-Ferraris Intermezzo „Zusammens Geheimnis“. Karten bei Epitker Genossen Dentsch, Graben 25, „Meiner Bazar“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tschö und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Ein Wanderbuch Bibliotheken

für das
Nichtl. u. Erzgebirge,
Böh. Böhmisches Erzgebirge,
Festland, Iser- u. Riesengebirge,
Waldenburger u. Krukenberger,
Glatzer- u. Neuschnee.

Mit diesen Wanderkarten in Leinwand gebunden.
Preis, wenn mit Hin- und Rückfahrt, nur 6.50 Kronen.

Bücherverzeichnis kostenlos.
Buchhandlung Freiheit
Tepliz-Schönan,
Theatergasse 18.

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Vollsbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



**Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Sattler & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.**

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuzeitliche und elektrische Maschinen mit einer Tagesproduktion von 200.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271, Postparafirma Nr. 127.543